

Vorjahre geplant. Abgesehen von den monatlichen Aufträgen und den kleineren Serienaufträgen soll nicht werden, in einer Woche des Sommers mögen viele gewinnbringende Unternehmungen auf dem Lande und über dem Meere zur gleichzeitigen Erzeugung der höheren Luftschichten zu organisieren. Die Bedeutung der Serienaufträge kann bereits nachgewiesen werden. Die Aufträge haben den Zweck, Veränderungen des Wetters, wie sie von Tag zu Tag eintreten, bis zu den höchsten Schichten für die Flächen der Erde zu studieren. Sie sind deshalb auch für die Wetterprognose von besonderer Wichtigkeit, da sie lehren, in welcher Beziehung der Aequator des meteorologischen Dienstes zu den Luftschichten ist. Die Tätigkeit der Internationalen Kommission hat bereits in dieser Richtung einen praktischen Nutzen gehabt. In der von der Meteorologischen Kommission gelang es nachzuweisen, einfach und wichtig das Studium der Luftschichten durch kleine Wetterballons ist. Für die nächsten Jahre bei einer Reihe von Meteorologischen Stationen auszuführen zu lassen. Dadurch wird die Vorhersage der Wetterverhältnisse bedeutend gefördert werden.

Der Neubau für das Deutsche Museum in München, zu dem bekanntlich der Grundstein vom kaiserlichen Kaiser und vom Prinzregenten von Bayern am 12. November 1906 gelegt wurde, wird im Frühjahr des laufenden Jahres begonnen werden. Bis Ende 1907 waren 6,8 Millionen aufgebracht, von denen je zwei Millionen vom Deutschen Reich und Bayern, 1 Million von der Stadt München, der Rest von 350 Millionen herbeigeholt werden. Die Kosten des Neubaus sind mit 10 Millionen veranschlagt. Die Ausführung des Baues soll im nächsten Jahre für die nächste Zeit vorangehen von den Gebäulichkeiten sind für den Neubau auch außerordentlich wertvolle Stilmaterialien und Einrichtungen zugeführt. Die Einrichtungen werden es ermöglichen, daß der Museumsbau wesentlich größer und schöner sein kann, als es die vorerwähnte Baugesamtheit allein gestatten würde; sie geben Zeugnis, in welchem weitestgehenden Maße die deutsche Industrie gewillt ist, das Museum nicht nur durch finanzielle Beiträge, sondern auch durch freiwillig dargebrachte Kunst zu unterstützen und zu fördern.

Dem Abgeordnetenhaus ist vom Finanzminister vorgeschlagen, die Ueberführung der Vermögensgegenstände zur Einkommensteuer für 1906/07 überreicht worden.

Der Verein Hamburger Needer hat am Freitag die Eingabe gerichtet, er wolle den §§ 6 und 8 der Novelle zum Viehwirtschaftsgesetz in der jetzigen Fassung seine Zustimmung versagen, er wolle weiterhin vorliegenden Novelle nur dann seine Zustimmung geben, wenn die genannten Bestimmungen in solcher Fassung erhalten, daß der Import von Tieren und Fellen über die Seengebiet des Deutschen Reiches wie bisher unbeschränkt bleibt und von den Bestimmungen betreffend ein Einfuhrverbot bezw. Beschränkungen nicht betroffen wird.

Die „A. Z.“ schreibt unter der Spitzmarke „Wahlrechtsfragen und Wochentage“: Wer in den Tagen in den Berliner Wäldern die Besprechungen der blühenden Zusammenkünfte zwischen Sozialdemokraten und Politikern und die Mahnungen an die Arbeiter las, sich nicht an Zusammenkünften zu beteiligen, konnte den Eindruck gewinnen, als ob die Hauptaufgabe in ein großes Verlegen umgewandelt sei. Freilich, wer nicht gerade zufällig Jenseits der Vorgänge vor dem Abgeordnetenhaus und am Reichstag beobachtet, merkte dem Straßenbild der Berliner Bevölkerung an, und auch die Mahnungen dem Reichstag — vor dem „Wochentage“ — die Albert Träger lasen — die erdrückende Zahl dort angelegten Schenkens mit der braunen Färbung, an der der Revolver hängt, herab, den man wie stets durch die Straßen flüchtend über nicht Abruch und Einhalt zu tun. Fragt man sich, wie das alles gekommen, daß die Straße in Bewegung setzt in untern sonst so friedfertigen Wahlrecht und der „Wahlrechtsfrage“ im Reichstag gerade jetzt die Rede ist, so man fast vor einem Rätsel. Nicht daß wir es einen Helfer oder für ein müßiges Begreifen sind, daß endlich eine Veränderung des besserungsbedürftigen Wahlrechts nachdrücklich geordert wird; an dieser Stelle ist darauf hingewiesen, mehr als das, die Grundzüge der vorliegenden Reform dargelegt worden, als die ersten Schritte vor heute noch nicht daran, sich zu entziehen oder gar politische Zwecke der Welt zu verfolgen. Ueber die Sache selbst ist der liberalen Wäldern ein Streit unmöglich, denn Wahlrecht in Preußen muß und wird geändert werden, und je eher das geschieht, um so besser wird die Reform werden, um so mehr wird sie den Interessen aller beheimaten Elemente entsprechen, daß gerade jetzt alle Welt dabei mithelfen muß, Wahlrechtsfrage dem Wochentage, der wahrlich am genug seines Weges zog, als wenn die Wälder zu lächeln, das ist ein launischer Vorgang, der in anderen Ländern kaum

feinesgleichen finden dürfte. So ganz zufällig und von ungefähr scheint uns nun dieses feststehende Ereignis nicht gekommen zu sein. Es war in den Hundstagen 1907, und man war eben daran, das mühsam zusammengezwängerte Volkstum immer Innern wohllich einzurichten, als die Sozialdemokraten und ihre Helfersteller vom Schlags Mannmanns es für angebracht hielten, die Frage der Reform des preussischen Wahlrechts anzuzustellen. Und siehe da, der Sturm gelang. Diese Frage, die bürgerliche Exekutive bereits anfangs nur als eine willkommene Anwendung der sommerlichen Stoffkürze betrachtete, wuchs sich unmerklich, von den Hürten der Untertugendheit gefeiert aufbehalten und mit demagogischen Worten gefüllt, zu einem Problem aus, daß das ganze Volk bewegte und nicht mehr zur Ruhe kam. Mit der Parole „Gegen das Gebietsparlament!“ fanatisierte die revolutionäre Linke die Massen und von hier aus plante sich die Motivation für die bürgerliche Linke; sie ergriff den gemäßigten Liberalismus und verlor ihn, die Konservativen und die Regierung zur Weiche auf den Plan zu zwingen, so daß sich, man mag das wollen oder nicht, die diesjährigen Landtagswahlen schließlich unter dem Zeichen der Wahlrechtsreform abspielen werden. In diesem Punkte beisehen, erscheint die ganze Wahlrechtsagitation als eine geschichtliche Wache der Sozialdemokratie, ihr bei den Reichstagswahlen zernüchtertes Ansehen neu aufzubringen; die bürgerlichen Parteien sind ihr vornehmlich auf den Leim gegangen, und das Zentrum laßt sich ins Fäustchen. Wenn bei alledem nichts anderes auf dem Spiele stände als das preussische Wahlrecht, so könnte man nichts Besseres tun als den Sozialdemokraten über diese verhasste Mummie zu lächeln und sie schließlich zur Erde fahren zu lassen, wohin sie von Rechts wegen schon lange gehört hätte. Aber das allein ist es nicht und ist auch nicht der Zweck der ganzen Bewegung. Nicht so sehr auf die Befreiung des Wahlrechts in Preußen ist es dabei abgesehen als vielmehr auf den Woch, auf die Politik der konstitutionell-liberalen Parteien, die uns von dem Regiment des Ultramontanismus befreit und die Macht der Sozialdemokratie gebrochen hat. Die Frage ist heute so zu stellen: soll die Wahlrechtsagitation in Preußen der Welt werden, der der Woch ausnehmendstprengt? Für jeden liberalen Mann, der der Folgen erwägt und die Empfindung für die Verantwortung hat, die heute für die Zukunft des Ultramontanismus auf ihm lastet, heißt diese Frage stellen sie auch vernünftig. Mit verächtlicher Geschäftigkeit haben die Leute auf dem gegenwärtigen Hügel der Konservativen, die dem Woch stets eine Fremde gewesen sind, die Wahlrechtsreform aufgerufen, um, darauf gestützt, ihre schon gemachten Zugeständnisse zum Verzicht, zum Verzicht und anderen Wocherungsmaßnahmen, rückwärts zu revidieren. Und mit mehr Eifer als vielleicht nötig war, hat der radikale Liberalismus sich gegen solche Wochentage aufgelegt. Kurz, es bedarf der ungenügenden Anstrengungen aller Beteiligten, um eine Politik zu retten, die, wie die Dinge liegen, die einzig mögliche ist. Denn darüber müssen und werden sich alle, rechts und links und in der Mitte klar sein: wenn der Woch ausnehmendstprengt, beginnt eine Zeit der Restauration, in der für liberale Gedanken kein Raum mehr ist und am wenigsten für eine Wahlrechtsreform in Preußen.

Unsere wirtschaftliche Entwicklung, wie sie sich in letzter Zeit vollzogen hat, hat es mit sich gebracht, den Begriff „Sozialpolitik“ in der allgemeinen Anschauungsweise ohne weiteres mit den „arbeitenden Massen“ der Bevölkerung, der industriellen Arbeiterbevölkerung im engeren Sinne, in Verbindung zu bringen. Das hat freilich seine guten Gründe, denn einerseits ist es die industrielle Entwicklung, die dem modernen wirtschaftlichen Leben unserm Vaterlandes ihr Gepräge verleiht, andererseits ergab sich als natürliche Folge daraus die Notwendigkeit, den an dieser Entwicklung beteiligten Arbeiterklassen das Hauptinteresse zugewenden, denn sie waren es, die zunächst des Schutzes am meisten bedürftig. Es darf jedoch nicht unterlassen werden, daneben auch derjenigen Bevölkerungsteile zu gedenken, die der Industrialisierung, der Umwandlung in großindustrielle Betriebsformen bis jetzt entgangen sind, aber durch die Umgestaltung der Verhältnisse schwer in Mitleidenhaft gezogen wurden: Die Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden der Klassen, die wir als Mittelstand zu bezeichnen gewöhnt sind. Die Zahl der industriellen Arbeiter beläuft sich in Preußen auf rund 3 Mill., die der Handwerker auf 1 1/2 Mill. Diese Zahlen allein genügen, um die Notwendigkeit einer Mittelstandspolitik hinreichend zu begründen. Welche Mängel kommen nun als maßgebend dafür zunächst in Betracht? Schwierigkeiten erwachen zunächst schon aus dem Mangel einer ausreichenden Definition für den Begriff „Handwerk“, die eine reinliche Trennung von dem Fabrikbetriebe ermöglichte. Das Moment der Mitarbeit des Meisters dürfte jedoch in den meisten Fällen als Unterscheidungsmerkmal anzuwenden. Erst wenn auf diese Art die notwendige Abgrenzung, deren Fehlen die rechtliche Behandlung des Handwerks, besonders soweit Handelsbezug. Handwerksbetriebe in Betracht kommen, gegenwärtig zu einer Widerspruchslosen macht, geschaffen ist, ist die nötige Grundlage zur Befestigung der Hauptbestände, die unabhängig von allgemeinen wirtschaftlichen Umständen, wie die Geld- und Kredit-

teuerung zu bessern sind, gegeben. Hierbei kommen in erster Linie das Lehrlingswesen und die Fachbildung in Betracht. Das Fehlen eines geeigneten Nachwuchses gefährdet das Handwerk am allermeisten. Der Lehrlingszüchterei wird durch die neue Abgrenzungsvorlage, die das Recht der Lehrlingsausbildung von der Führung des Meisterzettels abhängig macht, etwas vorgebeugt werden. Besseren aber bleibt der Wunsch, daß ein großer Teil der ausgebildeten Lehrlinge dem Handwerk durch die Großindustrie verloren geht. Der Vorschlag, letztere zu den Kosten der Lehrlingsausbildung heranzuziehen, verdient demgegenüber alle Beachtung. Außerordentlich notwendig ist die Förderung der Aufnahmen seitens der Innungen für die Fachausbildung der Handwerker. Wenn die 18 Berliner Zwangsinnungen im Jahr nur 13 000 Mk. für Schulen anwenden, und das bei 185 000 Mk. Einnahme und 14 000 Mitgliebern (1905), so ist das gänzlich unzulänglich. Für den Staat ergibt sich daraus die Notwendigkeit der Ausdehnung der Lehrlingspflicht, verbunden mit Vermehrung des Lehrpersonals u. dgl. Auch bei der wirtschaftlichen Verbesserung des Handwerks kann die Mitarbeit von Staat und Kommunen nicht entbehrt werden. Ein Mittel hierzu ist die stärkere Heranziehung des Handwerks bei Vergebung öffentlicher Arbeiten in Gestalt von Teilverträgen, ferner Einschränkung der Militärverpflichtung u. dgl. Die Anziehungskraft des Handwerks, das seinen „goldenen Boden“ leider erheblich eingebüßt hat, würde dadurch sicher gesteigert und ein Fortschritt gegenüber den jetzigen Verhältnissen zweifellos herbeigeführt werden.

Wie aus Bromberg gemeldet wird, wurde die Fürstlich Hohenzollernsche Herrschaft Grabow-Statterswalde (Kreis Wittig), die eine Größe von 10 000 Morgen hat, von der Anstiehungskommission erworben.

In Leipzig hat sich mit Reichstagsabgeordneten Justizrat Dr. Jund als Vorgesetzten ein Ausschuss für soziale Ausbildungsfrage gebildet. Von dem Gesichtspunkt ausgehend, daß fällige Sozialpolitik zu den wichtigsten Aufgaben unserer Zeit gehört, und daß zur Annahme aller Volkstreue, nicht zuletzt die auf nationaler Boden lebenden Arbeiter und Gesellen berufen sind, will er diese heranziehen, die frei von jedem Parteigetriebe die Einführung in die schwierigen Fragen des heutigen innerpolitischen Lebens, der sozialen Gesetzgebung, der Wirtschaftspolitik, der Verfassung und ähnlicher Gebiete vermitteln sollen. Der erste Anlauf in Leipzig zu Beginn des Jahres 1909 veranstaltet und hierzu etwa 100 befähigte Arbeiter und Gelehrten, welche nationalen Organisationen angehören, aus ganz Sachsen herangezogen werden. Der auf 6 Wochen berechnete Kursus soll umfassen: 1. Volkswirtschaftliche Grundbegriffe, 2. Allgemeine Rechtslehre, 3. Reichs-, Staats- und Gemeindeverwaltung, 4. Wirtschaftspolitik im Deutschen Reich, 5. Arbeitergesetzgebung, 6. Wohnungswesen. Um die Kosten des Unternehmens aufzubringen, hat sich der Ausschuss in einem Aufruf an die nationale Bürgerschaft Sachsen gewandt.

Ueber den Ueberfall des Wochführers Klein-Jacobus auf die Farm „Nebenkeim“ in Deutsch-Südwestafrika sind keine weiteren Nachrichten mehr eingetroffen und man neigt hier zu der Ansicht, daß es sich weniger um einen Akt außerordentlichen Charakters handelt, als vielmehr um einen gewöhnlichen räuberischen Ueberfall einer kleinen Bande von Desperados. Im übrigen scheint draußen wieder alles ruhig zu sein.

Die südwestafrikanische Südbahn soll im November d. J. Reemanshoop erreichen, so wenigstens ist es im Vertrage der Regierung und der kanzalarführenden Firma vorgesehen. Es ist inbezug mehrheitlich, daß auch hier, wie bei der Zellstrecke bis Ans, die Arbeiten früher beendet sein werden, man kann vielleicht annehmen, daß der Staatssekretär des Reichsstaatsamtes wie bei der Wocherbahn der erste sein wird, der die Gesamtstrecke überbrückt — Reemanshoop durchfährt. Die Arbeiten sind jetzt an der schwierigsten Stelle angelangt, wo häufige Sprengungen vorgenommen und allerlei Hindernisse überwunden werden müssen. Von dort aus aber, nämlich von Seehim bis Reemanshoop, einer Strecke von etwa 75 km, ist das Gelände glatt und eben und die Arbeiten werden unbeschwert zu Ende geführt werden können. Soll die Eisenbahn in Reemanshoop, das sie, falls keine unvorhergesehenen Schwierigkeiten eintreten, im August erreichen dürfte, Holt machen? Das wäre nur halbe Arbeit, denn je weiter östlich man vordringt, in um so reichere und fruchtbarere Gegenden gelangt man. Diese Striche haben nach Dr. Dittwilers Meinung die dreifache Niederschlagsmenge der Gegend westlich vom Fischfluß. Nordöstlich soll man sogar Bezirke treffen, wo so reichlicher Regen fällt, daß eine künstliche Bewässerung überflüssig erscheint. Als allerletztes Endziel muß aber immer die Weiterführung der Bahn nach Mafeking und Johannesburg ins Auge gefaßt werden. Erst indem man die Mittelpunkte der südwestafrikanischen Weinindustrie mit unterm Namalande (Fortsetzung in der l. Beilage.)

(Hierzu fünf Beilagen.)